

# Sächsische Volkszeitung

Verlagspreis: Wochentlich jezt Haus Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.  
einschließlich Postbezugssatz

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Spätkunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorne.

Sonnabend, 7. Mai 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden N. 16, Holbeinstraße 46

## Um Leben und Sterben Deutschlands!

In dem politischen Zentrum der Reichshauptstadt, im Hause der deutschen Volksvertretung, bereiten sich in diesen Tagen Entschlüsse vor, die nichts Geringeres als Deutschlands Leben und Sterben bedeuten! Die Tage von Weimar werden sich mit all ihren furchtbaren Seelen und Neuen zermürbenden Vorgängen. Gewiss ist die äußere Situation heute eine andere wie damals. Damals wäre ein unbarmherziger Feind unter Kriegsrecht in das deutsche Land eingedrungen, und viele deutsche Gneu hätten die Schrecken des Krieges unmittelbar erfahren müssen. In dieser tiefsten Not und Sorge hat damals eine Regierung bestehend aus Zentrum und Sozialdemokraten, sich gefunden, welche die Unterzeichnung des Friedensvertrages dem sicherer Verbergen Deutschlands, daß man in allen verantwortlichen Kreisen vor Augen sah, vorsah. Und auch die Vertreter derjenigen Parteien, die nicht glaubten, diese Unterzeichnung mitzumachen zu können, haben in besonderen in der Nationalversammlung abgegebenen Erklärungen die Ehrlichkeit der patriotischen Motive bei diesem schweren Schritt ausdrücklich anerkannt. Heute liegen die Dinge insofern anders, als nicht mehr im Kriegslande ein Einbruch des Gegners in deutsches Gebiet erfolgen könnte. Aber wer wollte sich einer Täuschung darüber hingeben, daß die Wirkungen einer solchen Aktionen einer kriegerischen Maßnahme fast gleichkommen? Weder also handelt es sich um die Entscheidung, ob das deutsche Volk seine nationale Einheit, seine wirtschaftliche und seine politische Existenz noch in allerletzter Stunde retten kann! Und wichtiger noch als das ist die Frage, ob diese wertvollen Güter auch über den Tag und die Stunde oder über eine vielleicht nur kurz bemessene Zeit erhalten werden könnten. Denn das ist heute klar zu erkennen: Und wenn wir die Sterne des Himmels zu Häusern der Sieger und Froherer legten, sie würden auf das Kugegebiet nicht verzichten!

Heute, wie in den bewegten Weimarer Tagenen handelt es sich bei der Entscheidung in diesen Dingen um eine Gewissensfrage! Heute vielleicht mehr als damals! Man möchte vielleicht dem deutschen Volke wünschen, es könnte mit eigenen Augen und Ohren Zeuge des geradezu erschütternden Geschehen sein, die sich da hinter verschlossenen Türen im Schatten der Parteien, im Rale der Führer, vollziehen. Es sind doch vielfach dieselben Männer, die Deutschlands Größe geschaut und die zu ihrem Teile ehrlich an dem Aufbau des Reiches mitgewirkt haben. Nicht nur, daß sie alles das von ihnen selbst geschaffene zu Grabe tragen müssen, ja, sie sollen auch jetzt um ihren Namen und ihre Verantwortlichkeit hergeben, um eine Freiarbeit des deutschen Volkes im Dienste übermüdeter und rohslüchtiger „Sieger“ für Jahrzehnte hinaus, ja, für noch ungebotene Generationen, zu etablieren und auch noch zu verbündigen! Das ist ein hartes Los, und hart besonders für diejenigen, die bei allem Schmerz und Trauer der Gegenwart die Erinnerung an die Vergangenheit sich nicht rauben lassen wollen! . . .

Es wird kein heineidnerisches Los für diejenigen Parteien sein, mit der Verantwortung für das, was nun geschehen soll, sei es Annahme, sei es Ablehnung, vor dem eigenen Volke und vor der Geschichte belastet zu werden! Die Pflichttreue und Opferwilligkeit im Dienste des Vaterlandes sind jetzt allein die Faktoren derer, denen die Führung des Gescheides der Nation übertraut ist; aber noch unvertraut wird!

## Nach dem Kabinett Fehrenbach

\* Bereits beim letzten Kanzlerwechsel hat sich — auch ein Zeichen der Zeit — in einem Teil der Presse ein Streit darüber entzünden, ob es angebracht sei, im Rale des parlamentarischen Systems einem scheidenden Kabinett ein Wort des Dankes zu widmen. Wir wollen diese Frage selbstverständlich heute nicht des Rangen und Breiten erörtern. Wie wollen nur behonen, daß jeder heute den Dank des Vaterlandes verdient, der in unserer Zeit sich dazu versucht, den Reichskanzlerposten zu übernehmen. Und dieser Dank überträgt sich natürlich auch auf die übrigen Ministerposten. Es war daher durchaus angebracht, daß der Reichskanzler und Reichsaußenminister Dr. Heinze nach dem Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach Gleiches nahm, ein Wort des Dankes zu widmen.

Nun mag im einzelnen zum Kabinett Fehrenbach, man mag zu seiner Haltung auf außenpolitischem und auch innerpolitischen Gebiete stehen, wie man will, daß eine muß doch anerkannt werden, daß ein hohes Maß von vaterländischer Pflichterfüllung dazu gehört, heute die Geschäfte des Reiches zu führen. Wir sind uns niemals darüber im Zweifel gewesen, daß angeblich der Lage im letzten Jahre es für jede Partei eine außerordentliche Belastung bedeutet, wenn sie gegruen ist, den Reichskanzler zu stellen. Auch für die Zentrumspartei ist das der Fall gewesen, wenn man die Dinge vom vorrepublikanischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Das Zentrum hat aber auch hier wieder in erster Linie die vaterländischen Motive in den Vordergrund gestellt. Um so verwerflicher ist es, wenn bis in die jüngste Zeit von gewisser Seite versucht worden ist, dem Zentrum gerade auf diesem Gebiete wieder Vorwürfe zu machen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Ansprache, die am Donnerstag

der Rechtsaußenminister Dr. Heinze vor dem Eintritt in die Verhandlungen des Reichskabinetts gehalten hat, von besonderer Bedeutung. Mit Recht hat Dr. Heinze betont, daß das Kabinett Fehrenbach in der schwersten Zeit die Geschäfte des Reiches geführt habe. Dr. Heinze hat dann weiter die vorderste Rolle, daß Fehrenbach das volle Vertrauen des Kabinetts besessen habe. Vor allem gegenüber den Angriffen, von denen wir eben gesprochen haben, war immer wieder betont worden, daß auch führende Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei die Verantwortung für die Leitung des Reichsthefts im letzten Jahre mitgetragen haben, daß die Reichstagsabgeordneten aber doch wirklich nicht in den Verdacht kommen sollten, irgendwie antinational gehandelt zu haben. Wenn man allerdings die Verteilung der äußersten Ränder erörtert, wird man finden, daß sehr in dieser Hinsicht Ansprüche auch auf die Deutsche Volkspartei, wenn auch verdeckt, da sind. Dennoch unterliegt diese Lage im wesentlichen und man könnte an sich eigentlich darüber zur Tagedeckung übergehen. Denn eine Persönlichkeit, wie Dr. Heinze, sollte doch gerade in nationaler Hinsicht auch für die äußerste Rechte außerhalb jeden Gedanktes stehen. Doch das Kabinett Fehrenbach den schwersten Angriffen von den äußersten Rändern ausgesetzt gewesen ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Darunter leidet ja unsere ganze politische Lage, daß sie so außerordentlich bis auf den heutigen Tag durch die Ausstrahlung vorrepublikischer Reichsdenkschriften belastet wird. Wird hier nun in den nächsten Tagen und Wochen eine Änderung eintreten? Wenn man das Ultimatum der Entente durchsetzen darf, dann müßte man diese Forderung eigentlich als eine schlußlose Forderung bezeichnen. All das jedoch, was wir bis in die jüngsten Tage hinein erlebt haben, und zwar sowohl im Steile als wie auch in einzelnen Ländern, löst die Erfüllung dieser Hoffnung immerhin noch sehr zweifelhaft erscheinen. Wie die Dinge sich nun weiter entwenden werden, kann im gegenwärtigen Augenblick noch kein Mensch bestimmt vorhersagen.

Es ist daher auch wichtig, heute die Dinge zu erwarten, ob es wirklich richtig war, daß die deutsche Regierung neutrale alles auf das amerikanische Vord gesetzt hat. Es wird einer ruhigen Stunde überlassen bleiben müssen, um darüber ein endgültiges Urteil zu fällen. jedenfalls war es aber eine Notwendigkeit, daß das Reichskabinett nicht gestellt wurde, so lange die amerikanische Aktion im Gang war. Nunrechtfertigt unseres Erachtens mit Recht das Kabinett aus der Abschaffung Preußens in der Vermittlungsmöglichkeit die Konsequenzen gezogen und seinen Auftakt erklärt. Das nämliche Augenblick ist das Ultimatum der Entente überreicht worden. Es ist eine gravierende Rottwendung, daß die Regierungsbildung sich nunmehr so rasch wie möglich vollzieht, da der Termin des Ultimatums bereits am 12. Mai, also am nächsten Donnerstag abläuft. Die Erwartung ist, welche die neuen Männer übernehmen müssen, ist geradezu eine unzweckmäßige und es gehört wirklich Mut daran, jetzt einen Ministerposten im Fleisch oder vor den Reichskanzlerposten einzunehmen. Man wird abwarten haben, wer vorbereitet genug ist, jetzt an die Spitze der Regierung zu treten. Man wird abwarten haben, was die neuen Männer dann in ihren Handlungen zu dem Ultimatum der Entente für eine Stellung einzunehmen und man wird, eift dazu, nadjdem dies geschehen ist, in den Freiheit dann endgültig Stellung nehmen können. Durch den politischen Aufstand in Oberschlesien hat natürlich unsere Partei eine weitere Verstärkung erfahren. Und auch aus diesem Grunde ist es unabdinglich notwendig, daß wie möglich bald eine tragfähige Regierung im Reihe bekommen. Heute kann man mit den einen Wunsch aussprechen, daß alle Parteien sich der Verantwortung der Stunde bewusst sein mögen und daß überall endlich der Tag praktisch werden möge: Das Vaterland über die Partei.

## Eine ernste Sitzung im Reichstage

Berlin, 7. Mai.

Die herben Sorgen, die das deutsche Volk in diesen Tagen bedrohen, fanden einen schwerlichen Widerhall in der Meldestellung vom Freitag. Der Reichskanzler, der mit dem Reichsausßenminister auf der sonst leeren Ministerbank erschienen war — die übrigen Reichskommissare hatten auf dem Sitz ihrer Partei Platz genommen — ergriff das Wort, um auf die schwere Zuspielerung der Dinge in Oberschlesien hinzuweisen, die durch einen organisierten und offenbar unter militärischer Leitung stehenden Aufstand der Polen erweckt ist. Die Einzelheiten, die der Reichskanzler von den Vorgängen in Oberschlesien und von den Leiden unserer dortigen Volksgruppen gab, wirkten geradezu niederschmetternd. Der Kanzler verherrte unter keiner Bewegung des Hauses die Oberschlesier der Teilnahme des deutschen Volkes, und bat sie, auszuhorchen in dem Bewußtsein, daß die Reichsregierung alles tun werde, was zu ihrem Schutze unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Mit lautem Beifall von der erdrückenden Mehrheit des Hauses, wenn auch mit Lärm von seiten der Linken wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Reichswehr gerüstet ist, im gegebenen Falle einzutreten. Ledebour für die Unabhängigen und vor allem Broch für die Kommunisten suchten auch diese Stunde keinerlei nationaler Sorge für ihre Parteiweide auszumachen. Der Wehrheitsföderalist Müller-Franken widersprach einer leichten Besprechung. Die Kommunisten schwärmten gegen Russen, den sie mit unsäglichen Kurzfristen überhäuteten. Der Reichskanzler erklärte noch einmal, daß vor dem Eintritt der Reichswehr das Parlament gefragt werde. Trotzdem genügt den Kommunisten diese Erklärung nicht. Man meint sofort, daß sie etwas besonderes im Schilde führen. Der Abgeordnete Matthes formt zum Rednerpult und hält mit einer überlauten Stimme eine furchtbare Brandrede, bei der er des öfteren erläutert, daß seine Partei die Besprechung dieser Angelegenheit heute erzwingen werde und sie würde das fertigkriegen. Auf den spöttischen Ruf, für welche Partei er denn eigentlich spreche, erklärte er unter lärmischem Gelächter: „Für die vereinigten Kommunisten!“ und er flügte die Drohung hinzu, daß schon sehr bald

die Anwesenden erfahren werden, was diese „vereinigten“ Kommunisten bedeuten! Es kommt zu ungemein wilden Szenen, die von der Linken demonstrativ gespielt werden. Als Molchahn abweichen ist, läßt der Präsident abstimmen, möglicherweise die erdrückende Mehrheit gegen die Versetzung des Kanzlerredes ausspricht. Daraufhin erklärt der Präsident sofort die Sitzung für geschlossen. Er werde eine neue Sitzung einberufen. Das war das Werk einer Stunde, denn in demselben Augenblick war der Kommunist Molchahn schon zur Rednertribüne gesprungen und wollte das Wort nehmen, aber noch ehe er den Mund aufgetan hatte, war die Sitzung schon beendet, und unter lautem Geschrei mußte er abziehen. Er versuchte zwar, ins Haus zu schleichen, mußte aber dann, begleitet von den verärgerten Kommunisten, von der Tribune vertrieben werden. Lebhafte haben die Kommunisten, wie man hört, tatsächlich sehr üble Dinge vor: Sie planen den Aufstand zu einem bewaffneten Generalstreik!

Am Regierungsrat: Fehrenbach, Dr. Simon.

Reichskanzler Fehrenbach:

Unserer Botschafter in London ist gegen das Ultimatum des Obersten Rates durch den englischen Premierminister übergeben worden. Außerdem ist im Laufe der Nacht der englische Text der Beschlüsse der Alliierten über die Reparation und Zahlungsforderungen eingetroffen. Die ungünstigen Schritte unterliegen gegenwärtig der Prüfung der Regierung. Das Kabinett will alte alte Forderungen daran verwenden, die dem neuen Kabinett obliegen. Es hat sich erneut, worauf die alliierten Regierungen immer wieder mit größtem Nachdruck hingewiesen haben, die Vorbereitungen zu einer gewaltfreien politischen Aktion nach so offen vor sich gegangen, daß über die aufzuhaltenden Zwecke und Abgrenzen kaum mehr ein Zweifel möglich war. Diese hat sich der politische Aufstand bereits über das ganze Gebiet verbreitet, daß nach Rädern durch die sogenannte sozialistische Befreiung bezeichnet wird. Teilweise hat die Bewegung über diese Linie hinausgegriffen. (Hört, hört!) Aber die politische Grenze sind Waffen und Auseinandersetzungen nach Oberschlesien gespannt. (Hört, hört!) Die Aufstände sind nach vielfach vorliegenden Meldungen glänzend bemerkbar. Die Vorbereitung des Aufstandes läuft auch über die militärische Leitung der Bewegungen hinaus. (Hört, hört!) Das politische Clujiere und Soldaten — wenn auch keine regulären Truppenführer — beteiligt sind, wird dann in Altböhmen festgestellt werden. (Hört, hört!) Der Befehl besteht der Plan, vorzulagern. Tatsachen im Interesse Polens zu schaffen und damit den alliierten Regierungen die Hände zu binden. Die politische Befreiung zur Hilfe für die Aufständigen aus. Auch liegen Anzeichen für eine politische Mobilmachung vor. (Hört, hört!) Den bitteren Ernst der Lage empfindet unser Volk in allen seinen Schichten. Es ist das Ende der treuen deutscher Bürger der Volksbefreiung eines deutschen Landesteiles durch den Friedensvertrag in die Hände der alliierten Mächte gelegt, und es muß nun mit zerstörtem Herzen leben, wie unter den Augen dieser Mächte einander ihren verlorenen Worte unserer deutschen Brüder Opfer volkischen Grauwaltaten werden, an Leib und Leben bedroht, an Haus und Heim schädigt. Von allen Seiten deinen Befreier zu uns. Hütern überreichlichen Volksgenossen versichern wir, daß wir alles, was in unserer Macht steht, tun, um sie in ihrem Glück und in ihrem Leben zu föhren. Webfeste Freude! Wir müssen darauf achten, daß nicht irgendwelche Art von Unzulänglichkeit und Verweichung stattfinde. Es ist klar, daß die Männer nur darauf kommen, um sich mit zerstörtem Herzen leben, um sich vor der Welt der Freiheit zu entziehen, daß sie ein weiches ewiges Volk vernichtet haben. Mit Mitleid auf die Menschen müssen wir auch an die Deutschen außerhalb des insurgeierten Gebietes die Auflösung richten, die Aufgabe der Regierung durch bestimmtes Verhalten zu unterstützen.

So sehr uns das Blut in den Adern lodet, so überlegt muss alles sein, was in Oberschlesien zu tun ist.

Ach darf nunmehr die Rolle verleihen, die gestern an die Republikanische in Dresden, Berlin und Rom verliehen worden ist, nachdem wir vorw die beiden Mächte nachdrücklich Einsicht eingelegt und Abhilfe gefordert haben. Diese

Not vom 3. Mai

hat folgenden Wortlaut: Das oberösterreichische Abstimmungsbereich befindet sich heute zum größten Teile in der Hand polnischer Banden, die friedliche Bevölkerung wird aus schwerster Verfolgung und Verfolgungskräfte vertrieben. Worte und Verstöße werden gemacht. Die Verhinderung dieser verhängnisvollen Republikanschaft ist zu befürchten. Hochanstand macht sich die Sitzung eines oberösterreichischen Teiles der Verwaltung an, erneut militärische und politische Banden und schwere bewaffnete und militärische organisiert. Ihre Aktion hat sich planmäßig und lärmisch über das ganze Land verbreitet. Die friedliche Bevölkerung bewirkt demokratischen und militärischen Frieden. Das Kabinett ist ebenfalls dem Verlust von Verlässlichkeit der Anteilnahme. Das Vaterland über die Kommission am Verwaltungsausschuß zu vertrauen. Träume der alliierten Mächte halten es bevor, das hier bereitete Beweisung zu verhindern noch die Aufforderung zu unterstützen.

Die deutsche Regierung vermahnt sich wiederholte Male, daß die böhmisches Auslandsgesetz der armen Mehrheit der Bevölkerung so aufgefaßt wird, als ob sie bei der Bevölkerung der polnischen Banden verblieben und daß die gegenwärtige Sackgasse bei der bewohnten Ostgrenze wiederholt dargestellt wird.

Die Bevölkerung kann verlängern, daß die alliierten Regierungen, ihrer schweren Verantwortung bewußt, unverzüglich für eine detaillierte Verstärkung der Polizeiangehörigen sorgen, daß der Aufstand in dieser Zeit niedergeworfen und die Ordnung im Lande wiederhergestellt wird. Die deutsche Regierung schließt sich diesem Verlangen mit allem Nachdruck an und erhält vom